



Amtsblatt

für den Landkreis Aurich und für die Stadt Emden



Herausgeber: Landkreis Aurich, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich

Nr. 54

Mittwoch, 23. Juni

2021

I N H A L T :

A. Bekanntmachungen des Landkreises Aurich

Allgemeinverfügung des Landkreises Aurich über den Vollzug des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG¹) und des Asylgesetzes (AsylG²) zur Eindämmung der Atemwegserkrankung „Covid-19“ durch den Corona-Viruserreger SARS-CoV-2 507

Allgemeinverfügung des Landkreises Aurich zur Eindämmung des Coronavirus SARS-CoV-2 in politischen Gremien 509

A. Bekanntmachungen des Landkreises Aurich

Allgemeinverfügung des Landkreises Aurich über den Vollzug des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG¹) und des Asylgesetzes (AsylG²) zur Eindämmung der Atemwegserkrankung „Covid-19“ durch den Corona-Viruserreger SARS-CoV-2

Der Landkreis Aurich erlässt als Ausländerbehörde gemäß § 2 Nr. 1 Allgemeine Zuständigkeitsverordnung für die Gemeinden und Landkreise zur Ausführung von Bundesrecht (AllgZustVO-Kom³) i. V. m. § 71 Abs. 1 S. 1 AufenthG folgende Allgemeinverfügung:

1. Für ablaufende befristete Aufenthaltstitel (Aufenthaltsurlaubnisse, Blaue Karte EU, ICT-Karten, Mobile1CT-Karten) von Ausländern mit Hauptwohnsitz innerhalb des Landkreises Aurich wird die Fortgeltungsfiktion von Amts wegen bis zum 28.07.2021 angeordnet.
2. Die Geltungsdauer von Duldungen sowie Aufenthaltsgestattungen, die vom Landkreis Aurich zugewiesenen Ausländern mit Hauptwohnsitz innerhalb des Landkreises Aurich ausgestellt wurden, gilt von Amts wegen bis zum 28.07.2021 als verlängert.
3. Diese Allgemeinverfügung gilt ab dem 24.06.2021 bis zu ihrer Aufhebung, längstens jedoch bis einschließlich 28.07.2021. Eine Verlängerung ist möglich.
4. Die Allgemeinverfügung des Landkreises Aurich über den Vollzug des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) und des Asylgesetzes (AsylG) zur Eindämmung der Atemwegserkrankung „Covid-19“ durch den Corona-Viruserreger SARS-CoV-2 vom 25.03.2021 wird hiermit aufgehoben.

Begründung:

Zu 1.:

Gemäß § 81 Abs. 4 S. 1 AufenthG gilt der Aufenthaltstitel eines Ausländers bis zur Entscheidung der Ausländerbehörde als fortbestehend, wenn der Ausländer vor Ablauf des bisherigen Aufenthaltstitels dessen Verlängerung oder die Erteilung eines anderen Aufenthaltstitels beantragt.

Die Ausländerbehörde kann gemäß § 81 Abs. 4 S. 3 AufenthG zur Vermeidung einer unbilligen Härte die Fortgeltungswirkung anordnen, wenn der Antrag auf Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels verspätet gestellt wird.

Wegen der besonderen Ansteckungsgefahr, insbesondere im Hinblick auf die im Landkreis Aurich grassierende britische Corona-Virus-Mutation, wurde der Publikumsverkehr in der Ausländerbehörde eingeschränkt, um das Risiko einer Ansteckung für alle Beteiligten möglichst gering zu halten und die langfristige Arbeitsfähigkeit zu sichern.

Die Ausländer im Landkreis Aurich sind durch den eingeschränkten Publikumsverkehr unverschuldet daran gehindert, Verlängerungsanträge persönlich zu stellen und auch die postalische Bearbeitung derartiger Anträge ist nicht planbar. Zur Vermeidung einer unbilligen Härte wird daher von Amts wegen die Fortgeltungswirkung nach § 81 Abs. 4 S. 1, S. 3 AufenthG angeordnet.

Die Maßnahme ist zur Vermeidung einer unbilligen Härte geeignet, da sich die Ausländer im Landkreis Aurich andernfalls entgegen § 4 Abs. 1 S. 1 AufenthG ohne den erforderlichen Aufenthaltstitel im Bundesgebiet aufhalten würden. Gleichzeitig dient die Maßnahme der Rechtsklarheit und der Absicherung des öffentlichen Lebens. Aufenthaltsrechtliche Dokumente sind häufig Basis für öffentliche Dienstleistungen. Es bedarf somit einer Übergangsregelung für zeitnah auslaufende Aufenthaltstitel. Die Maßnahme ist auch erforderlich und angemessen, um den Individualinteressen aller betroffenen Ausländer ausreichend Rechnung zu tragen und gleichzeitig die derzeit eingeschränkte Aufgabenerfüllung der Ausländerbehörde im öffentlichen Interesse sicherzustellen.

Nach Ablauf der unter Ziffer 1 festgelegten Frist, ist die durch das Gesetz vorgesehene Antragstellung von den nach Ziffer 1 dieser Allgemeinverfügung erfassten Ausländern innerhalb von vier Wochen nachzuholen. Fiktionsbescheinigungen werden für die Geltungsdauer dieser Allgemeinverfügung grundsätzlich nicht ausgestellt.

Im Rahmen der Fortgeltungswirkung behalten die Nebenbestimmungen zum Aufenthaltsrecht (z.B. das Recht, eine Beschäftigung auszuüben) grundsätzlich ihre Gültigkeit.

Zu 2.:

Die unter Ziffer 1. getroffenen Erwägungen treffen auch für die dem Landkreis Aurich zugewiesenen Asylbewerber, deren Aufenthalt nach § 55 Abs. 1 AsylG als gestattet gilt und durch eine Aufenthaltsgestattung dokumentiert wird sowie auf Ausländer zu, deren Abschiebung vorübergehend ausgesetzt wurde und die daher im Besitz einer Duldung nach § 60a, b, c und d AufenthG sind. Die Geltungsdauer von Duldungen sowie Aufenthaltsgestattungen, die vom Landkreis Aurich zugewiesenen Ausländern mit Hauptwohnsitz innerhalb des Landkreises Aurich ausgestellt wurden, werden hiermit von Amts wegen bis zum 28.07.2021 verlängert. Die Nebenbestimmungen zur Aufenthaltsgestattung und Duldung behalten grundsätzlich ihre Gültigkeit.

Hinweise:

Die aktuelle Lage ist dynamisch. Bitte beachten Sie daher die Informationslage auf www.landkreis-aurich.de und in den Lokalmedien. Soweit erforderlich, können ergänzende Regelungen zu den oben angeordneten Maßnahmen getroffen werden.

Für alle Personen, die nicht zum Adressatenkreis dieser Allgemeinverfügung gehören und deren Anliegen dringender Klärung bedarf, ist die Ausländerbehörde **unter der Telefonnummer 04941/16-3232 von**

**montags bis freitags von 08:00 bis 12:30 Uhr und
montags bis donnerstags von 13:30 bis 16:00 Uhr**

erreichbar.

Bitte sehen Sie aus Gründen des Infektionsschutzes gegenwärtig von persönlichen Vorsprachen in der Ausländerbehörde des Landkreises Aurich ab.

Bekanntmachungshinweis:

Die Allgemeinverfügung gilt einen Tag nach ihrer Veröffentlichung als bekanntgegeben (§ 41 Abs. 4 S. 4 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)).

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Oldenburg, Schlossplatz 10, 26122 Oldenburg, erhoben werden.

In Vertretung

Smolinski

¹ Aufenthaltsgesetz (AufenthG) vom 25. Februar 2008,

² Asylgesetz (AsylG) vom 2. September 2008,

³ Allgemeine Zuständigkeitsverordnung für die Gemeinden und Landkreise zur Ausführung von Bundesrecht (AllgZustVO-Kom) vom 14. Dezember 2004, in der jeweils zurzeit geltenden Fassung.

Allgemeinverfügung des Landkreises Aurich zur Eindämmung des Coronavirus SARS-CoV-2 in politischen Gremien

Der Landkreis Aurich erlässt gemäß § 18 Abs. 1 der Niedersächsischen Verordnung über Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus SARS-CoV-2 (Nds. Corona-VO)¹ in Verbindung mit § 28 Abs. 1 S. 2 IfSG² in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 2, § 3 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 NGöGD³ folgende Allgemeinverfügung:

1. Abstandsgebot:

Das Abstandsgebot nach § 2 Abs. 2 i.V.m. § 6a Nds. Corona-Verordnung ist

a) im Zusammenhang mit der Wahrnehmung eines politischen Mandats

und

b) bei politischen, kommunalen und wissenschaftlichen Veranstaltungen, insbesondere der kommunalen Vertretungen, Gremien, Fraktionen und Gruppen und im Rahmen von Bürger-, Volksbegehren, Versammlungen von Parteien und Wählergruppen zur Aufstellung ihrer Bewerberinnen und Bewerber im Gebiet des Landkreises Aurich nach den jeweiligen wahlrechtlichen Regelungen für bevorstehende Wahlen sowie in Rechtsvorschriften vorgesehenen Veranstaltungen,

abweichend von § 2 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 und Nr. 5 Nds. Corona-Verordnung einzuhalten.

2. Mund-Nasen-Bedeckung:

Das Tragen einer geeigneten Mund-Nasen-Bedeckung im Zusammenhang mit der Wahrnehmung eines politischen Mandats und während der in Ziffer 1 b) genannten Veranstaltungen ist abweichend von § 3 Abs. 4 Nr. 3 und 4 Nds. Corona-Verordnung in geschlossenen Räumen verpflichtend. Gleiches gilt, sofern das in Ziffer 1 a) und b) genannte Abstandsgebot nicht eingehalten werden kann. Die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung gilt nicht, sofern ein Sitzplatz oder das Rednerpult eingenommen wurde und das Abstandsgebot eingehalten werden kann.

Als geeignete Mund-Nasen-Bedeckung gilt mindestens die medizinische Mund-Nasen-Schutz-Maske (sog. OP-Maske) sowie die FFP2-Maske oder Masken mit mindestens gleichwertigem genormten Standard (z.B. KN95, N95) ohne Ausatemventil. Das Tragen der beiden zuletzt genannten Maskenvarianten wird dringend empfohlen.

3. Diese Allgemeinverfügung gilt ab dem 24.06.2021 bis zu ihrer Aufhebung, längstens jedoch bis einschließlich 28.07.2021. Eine Verlängerung ist möglich.
4. Die Regelungen dieser Allgemeinverfügung sind gemäß § 28 Abs. 3 in Verbindung mit § 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar. Rechtsmittel gegen diese Allgemeinverfügung haben keine aufschiebende Wirkung.
5. Zuwiderhandlungen gegen die Regelungen dieser Allgemeinverfügung stellen eine Ordnungswidrigkeit nach § 73 Abs. 1a Nr. 6 IfSG bzw. eine Straftat nach § 74 Alternative 1 IfSG dar.
6. Die bestehende Allgemeinverfügung des Landkreises Aurich zur Eindämmung des Coronavirus SARS-CoV-2 in politischen Gremien vom 01.06.2021 wird hiermit aufgehoben.

Begründung:

Mit § 28 Abs. 1 S. 2 IfSG wird die zuständige Behörde verpflichtet, die zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten notwendigen Schutzmaßnahmen zu treffen. § 32 S. 1 IfSG ermächtigt die Landesregierungen unter den Voraussetzungen, die für Maßnahmen nach den §§ 28 bis 31 IfSG maßgebend sind, durch Rechtsverordnung, entsprechende Gebote und Verbote zu erlassen. Hiervon hat das Land Niedersachsen mit der Nds. Corona-Verordnung vom 30. Mai 2021 Gebrauch gemacht.⁴

§ 18 Abs. 1 der Nds. Corona-Verordnung ermächtigt die örtlich zuständigen Behörden, weitergehende Anordnungen treffen zu können, soweit es im Interesse des Gesundheitsschutzes erforderlich ist. Der Begründung zur Nds. Corona-Verordnung ist dabei zu entnehmen, dass diese Regelung als Generalklausel zu verstehen ist, dessen Eingriffsvoraussetzungen und -maßstäbe nach § 28a Abs. 1 bis 3 und 6 IfSG als unmittelbar anwendbares Bundesrecht zu beachten und einzuhalten sind.⁵ Anders als dies die bisherigen Nds. Corona-Verordnungen, die für weitergehende Anordnungen der örtlich zuständigen Behörden die Erforderlichkeit eines zwingenden Interesses des Gesundheitsschutzes voraussetzten.

Mit dieser Allgemeinverfügung wird abweichend von § 3 Abs. 4 Nr. 3 und 4 der Nds. Corona-Verordnung als weitergehende Anordnung im Interesse des Gesundheitsschutzes das Tragen einer geeigneten Mund-Nasen-Bedeckung

- im Zusammenhang mit der Wahrnehmung eines politischen Mandats und
- bei politischen, kommunalen und wissenschaftlichen Veranstaltungen, insbesondere der kommunalen Vertretungen, Gremien, Fraktionen und Gruppen und im Rahmen von Bürger-, Volksbegehren, Versammlungen von Parteien und Wählergruppen zur Aufstellung ihrer Bewerberinnen und Bewerber im Gebiet des Landkreises Aurich nach den jeweiligen wahlrechtlichen Regelungen für bevorstehende Wahlen sowie in Rechtsvorschriften vorgesehenen Veranstaltungen,

in geschlossenen Räumen verfügt, sofern kein Sitzplatz oder das Rednerpult eingenommen wurde. Gleiches gilt, sofern das in Ziffer 1 a) und b) genannte Abstandsgebot nicht eingehalten werden kann.

Als geeignete Mund-Nasen-Bedeckung gilt mindestens die medizinische Mund-Nasen-Schutz-Maske (sog. OP-Maske) sowie die FFP2-Maske oder Masken mit mindestens gleichwertigem genormten Standard (z.B. KN95, N95) ohne Ausatemventil.

Die Anordnung einer Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung (Maskenpflicht) nach § 28a Abs. 1 Nr. 2 IfSG stellt eine notwendige Schutzmaßnahme im Sinne des § 28 Abs. 1 S. 1 IfSG dar.

Das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung schützt die sich in unmittelbarer Nähe des – möglicherweise asymptomatischen, aber infektiösen – Trägers aufhaltenden Personen vor dessen Auswurf von festen oder flüssigen Partikeln und ist ein integraler Baustein des AHA-L-Konzeptes (Abstand – Hygiene – Alltagsmaske-Lüften) zur nachhaltigen Senkung des Infektionsrisikos in Innenräumen und in Situationen, in denen die Abstandsregeln nicht befolgt werden können. Der Nutzen des Tragens von Masken zum Schutz vor einer Ansteckung mit SARS-CoV-2 konnte mittlerweile wissenschaftlich belegt werden.

Die medizinische Mund-Nasen-Schutz-Maske hat zudem im Gegensatz zu Alltagsmasken definierte Filtereigenschaften. Durch das Tragen zumindest einer medizinischen Mund-Nasen-Schutz-Maske kann nach Einschätzung des Gesundheitsamtes des Landkreises Aurich und unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene (DGKH) und der Gesellschaft für Hygiene, Umweltmedizin und Präventivmedizin (GHUP) eine Verbesserung des Infektionsschutzes erzielt werden.

Die Sitzungen und Zusammenkünfte der kommunalen politischen Gremien finden in Innenräumen statt. Die hierfür im gesamten Landkreis Aurich zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten sind in ihrer Größe begrenzt, sodass das in Ziffer 1 a) und b) genannte Abstandsgebot allein keinen hinreichenden Schutz bietet.

Nach der zurzeit geltenden Niedersächsischen Corona-Verordnung ist weder bei der Wahrnehmung eines politischen Amtes noch bei Veranstaltungen kommunaler politischer Gremien, die Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Schutz-Maske vorgeschrieben.

Gerade in geschlossenen Räumen, in denen sich eine Vielzahl von Personen aufhalten, entsteht eine erhöhte Aerosolkonzentration. Diese Aerosole wiederum sind weiterhin einer der häufigsten Übertragungswege des Coronavirus. Die Bundesregierung empfiehlt daher u.a. in geschlossenen Räumen das Tragen einer Maske.⁶

Vor dem Hintergrund der obigen Ausführungen und unter Berücksichtigung, dass an den politischen Sitzungen und Zusammenkünften insbesondere Personen, die einer vulnerablen Personengruppe angehören, zusammenkommen, wird es nicht nur im Interesse des Gesundheitsschutzes als erforderlich, sondern vielmehr als geboten bewertet, die Pflicht zum Tragen einer medizinischen Mund-Nasenschutz-Maske als notwendige Schutzmaßnahme im Sinne des § 28 Abs. 1 S. 2 IfSG in geschlossenen Räumen zu verfügen (§ 18 Abs. 1 Niedersächsische Corona-Verordnung, § 28a Abs. 1 Nr. 2 IfSG). Gleiches gilt, sofern das in Ziffer 1 a) und b) genannte Abstandsgebot nicht eingehalten werden kann.

Ein solches Gebot zum Tragen einer medizinischen Mund-Nasen-Schutz-Maske ist auch angesichts des derzeitigen niedrigen Inzidenzwertes im Landkreis Aurich weiterhin erforderlich. Denn der derzeit niedrige Inzidenzwert ist gerade auch auf die Strategie des Landkreises Aurich, auf eine konsequente Verhinderung von Infektionsketten zu setzen, zurückzuführen. Insbesondere im Lichte der derzeitigen gefährlichen Ausgangslage hinsichtlich der grassierenden Mutationsvarianten, und der hieraus von führenden Experten im Bereich der Virologie, Epidemiologie und Infektiologie dargestellten Gefahr, eines erneuten exponentiellen Ausbruchsgeschehen, können frühzeitige Lockerungen der ergriffenen Maßnahmen, den bisher erreichten Erfolg in der Pandemiebekämpfung zunichte machen und gar ins Gegenteil verkehren. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund, dass die britische Mutationsvariante (B.1.1.7) sich weiter verbreitet.

Das Tragen einer medizinischen Masken außerhalb des Sitzplatzes oder des Rednerpultes im Rahmen von kommunalen Sitzungen ist ein weitaus weniger einschneidendes Mittel, als eine Sitzungsabsage und ermöglicht gleichzeitig, die weitere Verwirklichung des Demokratieprinzips auch im kommunalen Sektor. Denn auch Videokonferenzen sind nicht in dem Maße zu verwirklichen, wie sie notwendig wären, da in weiten Teilen der Breidbandausbau im Landkreis Aurich fehlt. Letztendlich dient die Anordnung zum Tragen der medizinischen Mund-Nasen-Schutz-Maske dem Schutz der körperlichen Unversehrtheit der Abgeordneten und überwiegt damit dem Interesse eines jeden Einzelnen an der allgemeinen Handlungsfreiheit.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass der Schutzeffekt der Mund-Nasen-Schutz-Maske nur dann umfassend gewährleistet ist, wenn sie durchgehend und dicht sitzend über Mund und Nase getragen wird sowie Leckagen vermieden werden.

Hinweis:

Gemäß § 73 Abs. 1a Nr. 6 IfSG handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer vollziehbaren Anordnung nach § 28 Abs. 1 S. 1 oder 2 IfSG zuwiderhandelt. Diese Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 25.000,00 € geahndet werden, § 73 Abs. 2 IfSG. Gemäß § 74 Alternative 1 IfSG wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer die in § 73 Abs. 1a Nr. 6 IfSG bezeichnete vorsätzliche Handlung begeht und dadurch eine in § 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 genannte Krankheit (Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) unter Buchstabe t) benannt), verbreitet.

Bekanntmachungshinweis:

Die Allgemeinverfügung gilt einen Tag nach ihrer Veröffentlichung als bekanntgegeben (§ 41 Abs. 4 S. 4 VwVfG⁷).

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Oldenburg, Schlossplatz 10, 26122 Oldenburg, erhoben werden.

In Vertretung
Smolinski

¹ Niedersächsische Verordnung über Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus SARS-CoV-2 (Niedersächsische Corona-Verordnung) v. 30.05.2021

² Infektionsschutzgesetz (IfSG) v. 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045),

³ Niedersächsisches Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (NGöGD) v. 24.03.2006 (Nds. GVBl. S. 178),

⁴ Vgl. die Begründung der Nds. Corona-Verordnung

⁵ Vgl. die Begründung der Nds. Corona-Verordnung

⁶ Vgl. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/schutz-vor-aero-solen-1797854#:~:text=Was%20gegen%20Aerosole%20in%20Innenr%C3%A4umen%20hilft,-Herbst%20und%20Winter&text=Sie%20schweben%20lange%20in%20der,besonders%20wichtig%2C%20achtsam%20zu%20sein.>

⁷ Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) v. 23.01.2003 (BGBl. I S. 102), jeweils in der zurzeit gültigen Fassung.

Herausgeber: Landkreis Aurich, Fischteichweg 7 – 13, 26603 Aurich

Bezugspreis: Jährlich 150,- € inkl. Mehrwertsteuer und Portokosten.

Einzel exemplar: 3,00 € inkl. Mehrwertsteuer und Portokosten.

Redaktionsschluss jeweils Mittwoch, 13.00 Uhr für den Erscheinungstag Freitag der Woche.

Manuskripte für die Bekanntmachung sind an das Kreistagsbüro des Landkreises Aurich, Fischteichweg 7 – 13, 26603 Aurich, Telefon (04941)16 1014 zu senden.

Laufender Bezug des Amtsblattes nur durch den Landkreis Aurich.